



Bestellungspreis: Abonnement in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb des Quartals incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Inserationsgebühren für den Raum einer sechszeiligen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 294. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 27. Juni 1878.

## Deutschland.

Berlin, 26. Juni. [Amilichs.] Se. Majestät der Kaiser hat dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath Balan zu Breslau den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Post-Director a. D. Grünwald zu Halle a. S. den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Postkassier a. D. Borchers zu Hannover, dem Postkassier Zentler zu Göttingen, im Herzogthum Anhalt, und dem Ortschulzen Radwiz zu Krippelna, im Kreise Delitzsch, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Unteroffizier und Hornisten August Müller im Magdeburgischen Pionnier-Bataillon Nr. 4 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Appellationsgerichts-Rath Storch in Glogau zum Director des Appellationsgerichts in Paderborn mit dem Range der Ober-Regierungs-Rathe ernannt; sowie dem Kanzlei-Inspector bei dem Appellationsgericht in Magdeburg, Kanzlei-Secretär Lautze, bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Se. Majestät der König hat in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung in Braunsberg getroffenen Wahl, den bisherigen Bürgermeister zu Friedeberg H. W. Wilhelm Marau, als Bürgermeister der Stadt Braunsberg auf die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren; sowie in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Malsst-Burbach getroffenen Wahl den Riegeleibeiger Adolf Richter jr. und den Rentner Jacob Herdel daselbst als unbesoldete Beigeordnete der Stadt Malsst-Burbach auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

Der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Anclam, Günzel, ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden. — Der bisherige Titular-Bauinspector Georg Domeier in Göttingen ist zum königlichen Bauinspector ernannt, und demselben die Bauinspectorstelle zu Lützen verliehen, desgleichen ist der königliche Wasser-Bauinspector Ebers von Lüneburg nach Münden berufen und ihm die Nummer in eine Wasser-Bauinspektion umgewandelte bisherige Kreis-Bauinspektion daselbst übertragen worden. — Der Kreisrichter Lonn in Schubin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Tremenzen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Tremenzen ernannt worden.

Berlin, 26. Juni. [Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 11 Uhr im Neuen Palais den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinetts entgegen, fehrte nachmittags um 4 Uhr von Potsdam nach Berlin zurück und begab sich zu Se. Majestät dem Kaiser und König. Abends um 8 Uhr nahm Se. Kaiserliche Hoheit den Vortrag des Vicepräsidenten des Staats-Ministeriums, Grafen zu Stolberg-Berningerode und demnachst den Vortrag des Chefs der Admiralität entgegen und arbeitete von 9 1/2 Uhr ab mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

(Reichsanz.) — Berlin, 26. Juni. [Vom Congress.] Die heutige Congress-Sitzung, welche nach 2 Uhr begann, sollte ursprünglich unter Theilnahme des Fürsten Gortschakoff stattfinden, der jedenfalls von seinem letzten Anwohlfelien wieder genesen ist. Auch heute beschäftigte man sich mit Fortsetzung der bulgarischen Frage, und es ist in Aussicht genommen, auch die nächste, höchst wahrscheinlich morgen stattfindende Sitzung noch damit auszufüllen. Den Schwerpunkt der augenblicklichen Debatten bildet die Grenzfrage. Man ist bereits über eine Basis für die Grenzen im Norden und Osten und im Süden einig; dagegen macht die Fixirung der Westgrenze (also wo es sich um Sofia und den Sandschak handelt) noch Schwierigkeiten. Die Detailbestimmung über den Lauf der Grenzlinie soll eine europäische Commission von Stabs-Offizieren zu treffen haben, deren Wahl durch den Congress vorgenommen wird. — Hinsichtlich der Verwaltung Bulgariens bildet ein von Frankreich vorgeschlagener Organisationsplan die Grundlage der Berathung. Im Uebrigen wird man auch Normen für die Wahl des Fürsten von Bulgarien treffen, und es geht die Meinung dahin, denselben möglichst aus den Adelsgeschlechtern des Landes und nicht aus einer der europäischen Fürstenthümer hervorgehen zu lassen. Auch darüber ist ein Einverständnis erzielt, daß die sämtlichen Donaufestungen und die befestigten Punkte des Fürstenthums Bulgarien in Fortfall kommen. Ferner hat man sich dahin schlüssig gemacht, daß die russische Occupation türkischer Gebiete spätestens ein Jahr nach Abschluß des Friedens von San Stefano vollständig beendet sein muß. Soweit bei der Grenzregulirung auf Serbien und Montenegro Rücksicht zu nehmen ist, sollen die gedachten Fürstenthümer sich mit Oesterreich ins Einvernehmen setzen, wie dies gestern an dieser Stelle bereits gemeldet werden konnte. Es kann übrigens positiv versichert werden, daß, abgesehen von der bulgarischen Frage, der Congress sich mit andern Dingen bislang noch gar nicht beschäftigt und weder über Bessarabien noch über Antiochia verhandelt hat; man darf indessen annehmen, daß die Angelegenheiten Bessarabiens, bez. deren Rußland nach wie vor die Nothwendigkeit der Herstellung seiner Stappenverbindungen betont, nach Erledigung der bulgarischen Frage den Congress beschäftigen wird und zwar in Verbindung mit der Frage wegen Herstellung und Erhaltung des freien Verkehrs auf der Donau. — Hier und da verlautet, daß die griechische Frage doch größere Dimensionen annehmen möchte, während man dies andererseits bestreitet. Italien nimmt sich der griechischen Interessen mit besonderer Wärme an, indem Graf Corti die Wahrung des Nationalitätsprinzips auch für Griechenland in Anspruch nehmen möchte. Inzwischen verfolgt man die Bewegungen in Griechenland mit begrifflicher Spannung und verheißt nicht, daß die Bestrebungen einer gewaltsamen Losreißung Kreas von der Türkei und ähnliche Unternehmungen nicht geeignet seien, die Bestrebungen des Congresses nach Herstellung dauernder Verhältnisse unter wirklichen Garantien für die Aufrechterhaltung der Resultate, zu fördern. — Alle Angaben über die mathematische Dauer des Congresses führt man in unterrichteten Kreisen auf leere Vermuthungen zurück; nur soviel ist richtig, daß man ausgeprochenenmaßen allseitig gewillt ist, möglichst bald die Grundzüge der Abmachungen in vollem Umfang festzustellen und ihre Ratifizirung vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen. Eine sehr schwierige und umfassende Arbeit wird dann den Specialcommissionen zufallen, deren Bildung jetzt auch selbst von den Seiten gemeldet wird, welche unsere dahin gehende Nachricht so lebhaft demontirt haben.

[Das Wahlprogramm der Regierung] liegt nun in einem bereits im telegraphischen Auszuge gebrachten Artikel der „Provinzial-Correspondenz“, theilhaft: „Die Absichten und Wünsche der Regierung, angeht die Wahlen“, vor, den wir hier vollinhaltlich folgen lassen:

Die Wahlbewegung hat überall im Deutschen Reich begonnen; die Parteien haben ihre Wahlaufsätze erlassen und in denselben mehr oder minder bestimmt ihre Stellung zu dem Kampfe gegen die Socialdemokratie,

sowie zu den voraussichtlichen weiteren Aufgaben des künftigen Reichstages genommen.

Je entschiedener in weiten Volkstheilen der Wille hervortritt, die Regierung in der Erfüllung ihrer ersten und schwierigen Mission wirksam zu unterstützen, — je geschäftiger dagegen unter der Einwirkung des Parteitreibens Zweifel, Unklarheiten und Bedenken über die nächsten und die weiteren Absichten der Regierung verbreitet werden, — desto dringender ist es geboten, die wirklichen Ziele der Regierungspolitik, sowie die Wünsche und Erwartungen, welche sie an die Neuwahlen knüpfen muß, nochmals anzudeuten.

In Wahrheit kann freilich über jene Ziele auch bisher kaum ein Zweifel obwalten: die Regierung hat sich in amtlichen Schriftstücken und in den Aeußerungen ihrer berufensten Vertreter ebenso über die unmittelbaren Anlässe und Gründe, um derenwillen sie eine neue Reichsberatung berufen zu müssen glaubte, und hiermit über die nächsten und dringendsten Aufgaben, welche sie mit Hilfe derselben zu lösen gedenkt, wie seiner Zeit über die Ziele der Reichspolitik auf den wichtigsten Gebieten der inneren Entwicklung unumwunden ausgesprochen.

In den Motiven des Auflösungsantrages ist die nächste gemeinsame Aufgabe klar bezeichnet: die Regierungen erwarten von dem neuen Reichstage zunächst die jüngst verweirten gesetzlichen Vollmachten, um die Gefahren, welche für Staat und Gesellschaft von dem Treiben der Socialdemokratie drohen, erfolgreich abzuwenden zu können.

Die frühere Vorlage erblinde die Quelle dieser Gefahren vor Allem in dem Gebrauch, welchen die Socialdemokratie von der Freiheit der Presse und dem Vereinsrechte macht: die Regierungen hielten in dieser Beziehung die Bewilligung kräftiger und schnell eingreifender Mittel für nöthig, um dem bisherigen Mißbrauche jener Freiheiten Schranken zu setzen, und damit den Bestrebungen Raum zu gewähren, welche darauf gerichtet sind, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinns für Recht und Sitte, wie durch wirtschaftliche Verbesserungen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen.

Zur Erreichung jenes Zwecks wurde für den Bundesrath eine Ermächtigung zum Verbot von Druckschriften, Vereinen und Versammlungen, welche die Ziele der Socialdemokratie verfolgen, in Aussicht genommen.

Nachdem inzwischen durch die neuesten traurigen Erfahrungen — sowohl durch die wiederholte Gefährdung des Lebens Sr. Majestät des Kaisers, wie durch die gleichzeitig hervorgetretenen sonstigen Anzeichen fittlicher Verirrung und Verwilderung — die Ueberzeugung von der Verderblichkeit des socialdemokratischen Treibens eine neue Bestätigung und zugleich weitgehende Zustimmung gefunden hat, — halten die Regierungen es um so dringender geboten, „den Weg der Gesetzgebung in derselben Richtung, wie sie die frühere Vorlage bezeichnet hatte, weiter zu beschreiten“, — und vor Allem specielle Vollmachten gegenüber der socialdemokratischen Presse und den socialdemokratischen Vereinen und Versammlungen in Anspruch zu nehmen.

Für die praktische Ausführung und die Wirksamkeit der betreffenden Bestimmungen werden in der neuen Vorlage, so wie durch anderweitige Schärfung einzelner Bestimmungen des Strafgesetzes entschiedenerer Bürgschaften zu sichern sein.

Die Regierungen wädhnen freilich nicht, daß diese Maßregeln staatlicher Einschränkung für sich allein im Stande sein sollten, die socialistischen Verirrungen durchgreifend zu heilen und zu überwinden, — sie sind vielmehr überzeugt, daß die gesetzliche Vorkehr nur dazu dienen kann, zunächst den Boden wieder frei zu machen für eine positiv wirkende Wirksamkeit aller dazu berufenen staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Kreise. Die Regierungen erkennen es als eine ihrer höchsten Aufgaben, diese von innen heraus besternde Wirksamkeit auf jede Weise anzuregen, zu beleben und mit Rath und That zu fördern, — aber als die unerläßliche Vorbedingung für jedes Gelingen in dieser Beziehung erachten sie, daß zudörderst der verführerischen Agitation, welche jeder nothigsten Einwirkung den Boden vorerhält, die bisherige Gewalt entrisen werde.

Indem die Regierungen aber in der hierdurch gebotenen energischen Bekämpfung der Socialdemokratie nicht bloß eine dringende Nothwendigkeit des Augenblicks, sondern zugleich eine Bedingung für die Wiederbelebung des öffentlichen Vertrauens und für einen neuen Aufschwung des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens der Nation erkennen, müssen sie von dem künftigen Reichstage auch eine bereitwillige und kräftige Unterstützung für die seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem gewerblichen und finanziellen Gebiete erwarten.

In engstem Zusammenhange mit dem Kampfe gegen die socialistischen Verirrungen und gegen die angestrebte Voderung aller sittlichen Bande in den gewerblichen Kreisen werden die Bestrebungen, die Gewerbeordnung unter Festhaltung ihrer Grundlagen und unter Berücksichtigung der hervorgetretenen praktischen Bedürfnisse zu verbessern, in dem bisherigen Geiste fortzuführen sein.

Seit langer Zeit ist das Streben der Regierungen ferner auf eine wirtschaftliche Reform gerichtet, von welcher sie eine allseitige Erleichterung der finanziellen Verhältnisse des Reichs und der einzelnen Staaten und somit einen neuen Aufschwung der Volkswirtschaft erwartet.

Aus den darüber gepflogenen Verhandlungen geht für jeden Unbefangenen hervor, daß der eigentliche bestimmende Grund und Zweck dieser Reform im Sinne der Regierung nicht die Vermehrung der Steuerlast des Volkes, sondern vor Allem die feste dauernde Begründung einer selbstständigen und ersprißlichen Finanzpolitik des Reichs, und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzelstaaten und behufs möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes ist.

Die leitenden Gesichtspunkte, von denen der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen bei ihrem Reformplan von vornherein ausgingen, bestanden nach wie vor in voller Kraft und bleiben maßgebend für das weitere Vorgehen der Regierungen: einerseits die Selbstständigkeit der Reichsfinanzen und zu dem Zweck die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs; — andererseits die überwiegende Heranziehung und Ausnutzung der dazu vorzugsweise geeigneten indirecten Steuern, um gleichzeitig die seit Jahren immermehr gesteigerten Anforderungen der directen Besteuerung im Staate, sowie in den Kreis- und Communalverbänden vermindern zu können.

Als Aufgabe der Finanzpolitik des Reichs ist in den Motiven zu den jüngsten Steuervorlagen bezeichnet: „daß durch Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs aus den ihm zur Verfügung stehenden Verbrauchsteuern eine Entwicklung eingeleitet werde, welche eine Entlastung des Budgets der Einzelstaaten auf die Dauer herbeiführt, so daß es den letzteren dadurch ermöglicht wird, drückende Steuern zu beseitigen oder zu ermäßigen oder wenn sie dies für angezeigt halten, einzelne, dazu geeignete Steuern den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ganz oder theilweise zu überlassen.“

Unter den Verbrauchsgegenständen, durch deren höhere Besteuerung eine Mehreinnahme des Reichs in bedeutendem Umfange zu erreichen ist, steht nach allseitigem Anerkenntnis in erster Linie der Tabak, dessen höhere Besteuerung mit Leichtigkeit den größten Theil der wünschenswerthen Mehreinnahmen für das Reich einbringen kann. Ob dabei die Form des Monopolls oder eine hohe Fabriksteuer oder ein anderer Modus ins Auge zu fassen sein wird, bleibt von dem Ergebnisse der mit Zustimmung des Reichstages eingeleiteten Enquete abhängig.

Als Folge der Vermehrung der Reichseinnahmen würde (um zunächst und vorbehaltlich näherer Darlegung nur für Preußen nochmals anzudeuten, was Seitens der Regierung wiederholt ausgesprochen worden ist) Schritt vor Schritt eine durchgreifende Reform der Klassen- und Einkommensteuer behufs vollständiger Befreiung oder wesentlicher Erleichterung der unteren Stufen — die Verwendung eines namhaften Theiles der Grund- und Gebäudesteuer für die communalen Verbände behufs Erleichterung der Communalsteuern, und weiter eine Reform der Gewerbe- steuer behufs Erleichterung der Handwerker und der kleineren Handelstreibenden in Aussicht zu nehmen sein. Außerdem würde die Möglichkeit

gewonnen werden, die Förderung neuer productiver Anlagen im Interesse der verschiedenen Landestheile, sowie die bevorstehenden weiteren Reformen, namentlich auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, für welche sonst die Steuerkraft der Communen aufs Neue erheblich in Anspruch genommen werden müßte, ohne solche neue Belastung durchzuführen.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte bei der in Angriff genommenen Finanzreform: dieselben sind unabweisbar von einer erstenen Fürsorge für das Wohl des Volkes eingegeben als die Parteifundgebungen, welche das Volk von bisherigen drückenden Lasten zu befreien und vor der sonst unvermeidlichen anderweitigen Steigerung der staatlichen und communalen Lasten zu bewahren.

Deshalb rechnen die Regierungen darauf, für die Durchführung der Steuer-Reform in dem neuen Reichstage eine festere Stütze als bisher zu finden.

Die Sorge der Regierungen ist in jeder Beziehung auf die Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Volkes gerichtet: auch in der Handelspolitik sollen bei der weiteren Entwicklung, unter Festhaltung der seit Gründung des Zollvereins stetig beachteten grundsätzlichen Gesichtspunkte, in jeder Beziehung die thatsächlichen Interessen und Bedürfnisse des gesammten nationalen Verkehrs, der Production wie der Consumption, sorglich gewahrt werden.

Eine energische Entwicklung des Verkehrswezens (der Eisenbahnen, Canäle u. s. w.) und die sorgliche Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Interessen innerhalb der Eisenbahnpolitik werden einen mächtigen Hebel abgeben, die vaterländische Productionsfähigkeit zu steigern.

Die Regierungen können aber in allen diesen Beziehungen ihre Absichten für die Wohlfahrt und das Gedeihen des Volkes nur durchführen, wenn sie der willigen und entschlossenen Unterstützung einer festen Mehrheit im Reichstage gewiß sind. Möge das deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen dazu helfen, daß die künftige Mehrheit aus Männern bestehe, denen das aufrichtige und erfolgreiche Zusammenwirken mit den Regierungen nicht bloß unter den augenblicklichen außerordentlichen Umständen, sondern auch bei den weiteren Arbeiten für eine gesunde politische und wirtschaftliche Entwicklung im Reiche ernst am Herzen liegt.

Daß die Regierung, bemerkt die „N. L. Z.“, was die Bekämpfung der Socialdemokratie anlangt, den Weg der Gesetzgebung in der Richtung der früheren Vorlage beschreiten will, war aus dem preussischen Auflösungsantrage bereits bekannt. In der neuen Vorlage werden indeß „entschiedener Bürgschaften für die praktische Ausführung und die Wirksamkeit der betreffenden Bestimmungen“ — in welcher Beziehung der frühere Gesetzentwurf der Kritik bedürftig die bedenklichen Mängel darbot — in Aussicht genommen. Wir werden diese Vorlage abzumarian haben. Nächstlich der sonstigen, d. h. der normalen Aufgaben der Gesetzgebung beschränkt sich das Programm auf die „seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem gewerblichen und finanziellen Gebiete.“ Die Regierung will Fortführung der Verbesserung der Gewerbeordnung unter Festhaltung ihrer Grundlagen und unter Berücksichtigung der hervorgetretenen praktischen Bedürfnisse — dasselbe will — laut Wahlaufsatz ihres Central-Comites, die national-liberale Partei. Die Regierung will eine Steuer-Reform, deren Zweck nicht die Vermehrung der Steuerlast des Volkes, sondern vor Allem die feste dauernde Begründung einer selbstständigen und ersprißlichen Finanzpolitik des Reichs und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzelstaaten und behufs möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes ist — dasselbe will die national-liberale Partei. Die Regierung will in der Handelspolitik die thatsächlichen Interessen und Bedürfnisse des gesammten nationalen Verkehrs, der Production wie der Consumption, sorglich gewahrt, dabei jedoch die seit Gründung des Zollvereins stetig beachteten grundsätzlichen Gesichtspunkte festhalten lassen — dasselbe will die national-liberale Partei. Gegen eine energische Entwicklung des Verkehrswezens und die sorgliche Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Interessen innerhalb der Eisenbahnpolitik hat die national-liberale Partei auch nichts einzuwenden. Worüber also streiten wir eigentlich? Möge die Regierung nur über diese Allgemeinheiten endlich einmal hinauskommen und mit festen, durchgearbeiteten Reformplänen vor den Reichstag treten; alsdann wird sich bald genug zeigen, ob eine „feste Majorität“ dieselben unterstützen will. Wie die Dinge heute liegen, wird sich schwerlich ein Wahlcandidat auf dem ihm in seinen Einzelheiten unbekanntem Steuerreformplan der Regierung unbedingt verpflichten lassen wollen.

[Verhehlte Gegenbeweise.] Die „Social-Corresp.“ schreibt: Wir stehen vor den neuen Reichstagswahlen. Von großer Wichtigkeit ist es darum, daß alle Fragen, welche auf die Stimmenabgabe Einfluß üben können, möglichst klar gestellt werden. Die vornehmste dieser Fragen ist jedenfalls die nach den Zusammenhängen der neuesten schreckensvollen Ereignisse mit der socialdemokratischen Aufwiegelung. Wann die gerichtlichen Untersuchungen zum Abschluß gelangen, ob Nobilitirung überhaupt je noch vernunftgemäß sein werde, läßt sich nicht absehen. Demungeachtet hat die öffentliche Meinung sich heute die Ueberzeugung festgehalten, daß an jenen beiden Werdanschlüssen die socialdemokratische Partei nicht ohne moralische Verschuldung ist. Befürcht wird diese Ueberzeugung durch die fort und fort sich mehrenden Fälle von Aeußerungen, welche das Mißlingen der Anfälle bedauern und erkennen lassen, wie weit geschlossene, vernünftige Gesinnungen bereits am sich gegriffen haben. Dem Allen weis die socialdemokratische Presse nur sehr starke Ausdrücke und sehr schwache Gründe entgegenzusetzen. Von „Blödsinn, Infamie und Niedertucht“ ist die Rede, wenn man nicht glauben will, daß Nobilitirung einer liberalen oder conservativen Partei angehöre und Gegner des Socialismus sei. „Nobilitirung war ein eifriger Schriftsteller... hätte er socialistische Anschauungen gehabt, so würde er unzweifelhaft versucht haben, für die hervorragenderen socialistischen Organe zu schreiben... Während der letzten Session ist Nobilitirung fast fortwährend in Berlin gewesen, er hat sich aber nicht veranlaßt gefühlt, irgend einem der socialdemokratischen Abgeordneten sich vorzustellen... Statt dessen ist er... zu hochgestellten Leuten gegangen, hat um Stellung nachgehacht...“ So las man (auszüglich) im „Vorwärts“, und die anderen Parteiblätter, soweit sie uns zu Gesicht kamen, schloffen sich an. — Erklärt denn aber der Nachsatz: „statt dessen“ das Vorangegangene nicht hinlänglich? — Nobilitirung hat keine Verbindungen mit socialdemokratischen Führern angeknüpft, auch geschildert vermieden, journalistische Zeugnisse seiner socialdemokratischen Gesinnungen zu geben, eben weil er bei einer Behörde angestellt zu werden wünschte. Erst als ihm diese Hoffnung auf eine gesicherte Lebensstellung in Dresden und Berlin fehlschlugen und sein maßloser Ehrgeiz tief gedemüthigt war, als er sich ohne Bedächtigung sah, scheint eine sinnlose Wuth ihn erfaßt und ihm die Normen in die Hand gedrückt zu haben.

[Die Socialdemokraten und die Arbeit.] Der von uns bereits gestern erwähnten Artikelserie der „N. Z.“: „Der Socialismus im Deutschen Reiche“ entnehmen wir folgende weitere Ausführungen: Außer dem Fleiß, der Sparsamkeit und der Redlichkeit, welche wir als Hauptmittel der Selbsthilfe für die weniger bemittelten arbeitenden Klassen hingestellt haben, ist es namentlich die genaue, pünktliche und exacte Arbeit, welche die meisten Fortschritte im Erwerbseben, sowie die Cultur im Allgemeinen, zu verankern sind. Auch bei der Wissenschaft ist nicht der plötzliche geniale Einfall, welcher zu den großen Entdeckungen und Erfindungen führt, die Hauptsache, sondern die anhaltende, geübte, minutiöse Beobachtung und Versucharbeit. Die letztere spannt gewissermaßen das Genie an den Flügel, denn nur die Gedankenblitze, welche über solcher harten Arbeitsdisciplin kommen, sind wirklich fruchtbar. Gedankenblitze, die im Mißgange aufstausen, sind meistens Träumereien. Die meisten technischen Erfindungen und Verbesserungen werden über der Arbeit, und zwar sehr häufig durch gewerblich geschulte Arbeiter gemacht — und nur während der exacten Arbeit. Die exacte Arbeit ist das hauptsächlichste und sicherste Mittel, jede Thätigkeit fruchtbar zu machen, von Gelehrten, Künstlern und Techniken an bis zum einfachsten Knecht und zur niedrigen Magd. Die exacte Arbeit ist





Berliner Börse vom 26. Juni 1878.

Table with multiple columns: Fonds- und Gold-Cours, Wechsel-Cours, Eisenbahn-Stamm-Actien, Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank-Papier, Industrie-Papier, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Includes various stock and bond prices.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 26. Juni. Die „Polit. Corresp.“ veröffentlicht folgende Meldung aus Konstantinopel von heute: Die Pforte hat beschlossen, den aus dem Schwarzen Meere mit der Bestimmung nach San Stefano anlangenden Truppen oder Munition führenden Schiffen den Eintritt in den Bosporus zu untersagen.

Konstantinopel, 26. Juni. Es heißt hier, daß der deutsche Botschafter, Prinz Reuß, Konstantinopel sehr bald verlassen und noch im Juli seinen neuen Posten in Wien antreten werde. — Es verlautet hier, daß congressmäßig die Schleifung sämtlicher Donau- und bulgarischer Festungen beschlossen sei.

Wien, 26. Juni. Das heutige „N. W. Tagblatt“ schreibt: Die Demission des Ministeriums Auerberg steht nahe bevor. Eine diesbezügliche Entscheidung wird nach Rückkehr des Kaisers Franz Joseph erwartet. Der Kaiser wird am Sonntag in Pest beim Schluß des Reichstages die Thronrede halten. — Die Publication sämtlicher Ausgleichsgesetze wird Sonnabend erwartet.

London, 26. Juni. „Daily-News“ melden: Die türkischen Vertreter theilten auf dem Congresse mit, daß die Pforte die Räumung Barmas angeordnet habe. — Die „Times“ betrachten die Frage betreffs Bulgariens als gelöst.

Petersburg, 25. Juni. General Zimmermann, bisher Commandant des Corps in der Dobrudscha, hat das Commando des 4ten Corps in Südbulgarien erhalten, um denselben den Aufstand energisch zu bekämpfen.

Breslau, 27. Juni, 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftverkehr im Allgemeinen schleppend, bei stärkerem Angebot Preise schwach preisbehaltend. Weizen nur billiger veräußert, pr. 100 Kilogr. schlechster weißer 17,60 bis 19,40—20,50 Markt, gelber 17,10—18,50 bis 19,80 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Wien, 26. Juni. Die Pforte hat beschlossen, den aus dem Schwarzen Meere mit der Bestimmung nach San Stefano anlangenden Truppen oder Munition führenden Schiffen den Eintritt in den Bosporus zu untersagen.

Wien, 26. Juni. Die Pforte hat beschlossen, den aus dem Schwarzen Meere mit der Bestimmung nach San Stefano anlangenden Truppen oder Munition führenden Schiffen den Eintritt in den Bosporus zu untersagen.

Wien, 26. Juni. Die Pforte hat beschlossen, den aus dem Schwarzen Meere mit der Bestimmung nach San Stefano anlangenden Truppen oder Munition führenden Schiffen den Eintritt in den Bosporus zu untersagen.

Wien, 26. Juni. Die Pforte hat beschlossen, den aus dem Schwarzen Meere mit der Bestimmung nach San Stefano anlangenden Truppen oder Munition führenden Schiffen den Eintritt in den Bosporus zu untersagen.

Wien, 26. Juni. Die Pforte hat beschlossen, den aus dem Schwarzen Meere mit der Bestimmung nach San Stefano anlangenden Truppen oder Munition führenden Schiffen den Eintritt in den Bosporus zu untersagen.

einen der Angeklagten, den aus Deutschland und Oesterreich ausgewiesenen, aus Gr.-Sloga u. gebürtigen Reusch, noch in Haft behalten zu müssen, da ihn deutsche Gerichte reclamiren. Nach dieser Erklärung erhob sich im Saale ein Loben, Schreien und Weifen, und man verlangte ungestüm die Freilassung Reusch's.

[Aus dem Katechismus der Socialdemokratie.] Die „D. B. C.“ bringt jetzt verschiedene Auszüge aus socialdemokratischen Blättern, welchen wir nachstehendes entnehmen: Da zu diesem Zweck (der Organisation der Arbeit) die Benutzung aller vorhandenen Güter, des Grund und Bodens, der Fabriken, Maschinen u. s. w. erforderlich ist, so wird man die wenigen Millionen- und Milliarden-Menschen erproben. Vielleicht werden diese gutmüthig zustimmen und dann als Anerkennung für ihre gemeinnützige communistische Handlungsweise geehrt und entschädigt werden; vielleicht werden sie, geküßt auf die ihnen zu Gebote stehenden Machtmittel, sich widersetzen und dann werden sie im Kampfe mit der neugefalteten Staatsmacht zu Grunde gehen.

Wm. Brate: Nider mit den Socialdemokraten. Gegenüber der socialistischen Partei sind alle anderen Parteien eine reactionäre Masse. Resolution, gefaßt auf dem Congreß zu Gotha, 1876. Ihr verleiht nichts davon. Sobald die Bourgeoisie besiegt ist, wenn die Klassen überunden sind, schaffen wir den Staat ab.

Das Privateigentum ist in letzter Linie der Urquell fast aller Verbrechen, die in unserer Gesellschaft vorkommen. Den Diebstahl probocirt es ganz direct. So lange es Privateigentum giebt, wird es auch Diebe geben. Eins beschwindet erst mit dem andern, die Wirkung erit mit der Ursache.

Ja, wir haben den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen den Krieg erklärt und werden so lange kämpfen, bis dieselben zertrümmert sind. „Neuer Socialdemokrat.“ Nr. 47, 1872. Und wenn das Volk dieses grimmige Lied anstimmte (Ca ira), dann blieb es wahrlich nicht bei diesen Worten. Die Männer der Revolution waren rasch mit der That bei der Hand. „Neuer Socialdemokrat.“ Nr. 13, 1873.

Wenn das Volk, wenn die Arbeiterbataillone geküßt an den Thoren des Parlaments stehen, dann kann vielleicht ein von der Tribune geschleudertes Wort, zündend wie ein electrischer Funke, das Signal zur befreienden That geben. Liebtucht. Ueber die politische Stellung der Socialdemokratie. Verfassung ist Verhöhnung der Arbeiter, wenn sie auf der Grundlage der jetzigen Gesellschaft angebahnt werden soll — und deshalb ist die Ermüdung des Klassenbewußtseins, das Absondern der Arbeiterklasse von der übrigen Gesellschaft der erste Schritt zum Siege.

Die einzige nicht Stichhaltige in dem Artikel der Contemporary Review sind die Bemerkungen über die unehelichen Geburten. Die unehelichen Geburten gelten nur noch dem Pflaster für Barometer der „Sittlichkeit“. In den großen Städten, wo die Prostitution außer Höchste entwidelt, sind uneheliche Geburten notorisch weniger häufig, als in vielen idyllischen Landschaften, wo die Bevölkerung sich mehr durch die Eheführung erschwerende Gesetze, noch durch die Behauptung der Ehelichen, ohne den Segen der Kirche könnten Mann und Frau keine Familie gründen, daran hindern läßt, die ewigen Gebote der Natur über die befruchteten Gebote der Menschen zu setzen.

[Die von den Socialdemokraten veranstaltete Tombola zum Besten der depositirten Communarden] ist bis auf die Vertheilung der Gewinne und Erinnerungsblätter zum Abschluß gelangt. Die den Loosinhabern in Deutschland zugefallenen Gewinne u. d. während des Pfingstfestes in Hamburg eingetroffen, jedoch von der Polizeibehörde confiscirt worden.

[Montanistisches.] Vom Fuße des Dobrasch wird uns unterm 17. d. geschrieben: Heute hatten 72 Böllerschiffe durch den Weiberger Graben und zur Höhe der Willacher Alpe hinauf, den Sieg der Kraft und Wissenschaft, des Muthes und der Ausdauer weit hin verklärend. Der Kaiser-Lothob-Erbstollen, im Jahre 1787 begonnen, hat nämlich nun, also nach mehr als neunzigjährigem Betriebe, sein Ziel, die Grubenbaue des äußeren Weiberger mit 4845 Meter Stredenlänge, erreicht. Um 72 Meter wurde die Thalsohle mit dem Erbstollen unterfahren, und es steht somit ein ebenso großes unangegriffenes Gebiet unter den seitherigen Bauen dem Betriebe zur Verfügung, der bislang zumeist nur bis zum Fuße des Erzberges reichte. So ist denn ein neues, auf Jahrhunderte genügendes Angriffs-object erschlossen; die verbämmten und ertränkten Grubenfelder können nunmehr geöffnet werden, und wie wir hören, sollen zugleich mit der Behebung der Wafsernoth auch reiche Erze eingetroffen sein. Die Bevölkerung unferes romantischen Grabens freut sich dieser vielversprechenden Thatsache, da sie ihre Existenz auf so feste Basis begründet sieht.

Neue Reiseliteratur. Aus H. Hartleben's Verlag in Wien gehen in den nächsten Tagen drei werthvolle Bereicherungen der Reiseliteratur hervor, welche wir schon heute der allgemeinen Aufmerksamkeit empfehlen wollen. Lucian Herbert schildert unter dem Titel „Die böhmischen Wälder“ (mit 34 Illustrationen und einer Karte) in lebendiger, anschaulicher Weise sämtliche 25 Wälder und Lustorte Böhmens und bietet zugleich einen praktischen Führer durch Deutsch-Böhmen, welcher Land und Leute gründlich kennen lehrt. — H. Ringgraff (unter welchem Pseudonym sich einer der ersten Nobellisten Deutschlands verbirgt) lenkt durch eine Broschüre „Wälder aus der österreichischen Rheinprovinz“ (mit 6 Illustrationen) die Aufmerksamkeit größerer Kreise auf ein bisher touristisch wenig bekanntes, aber hochinteressantes Gebiet, nämlich das „österreichische Rheinland“ (Bregenz und Umgebung). — Endlich führt Ernst v. Hesse-Wartegg in einem Werke „Die Pariser Weltausstellung 1878“ (mit vielen Illustrationen von Leo v. Elliot und einem Plane) seine Leser in die gegenwärtige Pariser Weltausstellung und bespricht dieselbe in ihren Hauptzügen und interessanten Einzelheiten.

Lobe-Theater. Matthias-Park. Donnerstag, den 27. Juni. 8. 5. M.: Heute von 6 Uhr ab: Gemengte „Prinz Methusalem.“ Seite. [6438] C. Kassner.

Die Kaltwasser- und Naturheilstalt zu Berthelsdorf. 1/2 Stunde von der Bahnstation Reibnitz-Warmbrunn (Schlesische Gebirgsbahn) in sehr romantischer, zonerreicher Gegend, wird allen Kranken, sowie zum Sommeraufenthalt und Touristen hierdurch empfohlen. [8571]

Papp- und Holzcement-Dächer werden zu billigsten Preisen unter langjähriger Garantie für und fertig hergestellt, auch Reparaturen gewissenhaft ausgeführt und Aufpflanzungen jeder Art übernommen; außerdem empfiehlt sämtliche Dachbedeckungsmaterialien bester Qualität zu billigsten Preisen.

Wismar, 26. Juni. [Wollmarkt.] Die Zufuhren betragen 2800 Ctr. Die Wäshen waren gut, besser als in den vergangenen Jahren, das Schurgewicht demzufolge geringer. Käufer befanden sich ziemlich zahlreich am Plage und wurde bis Mittag der größte Theil der Wollen verkauft. Preise 156—177 Mark, einzelne vorzügliche Stämme 183 Mark.

New-York, 26. Juni. Der Dampfer „Gelleri“ von der Hamburg-Amerikanischen Dampfschiffs-Compagnie ist hier eingetroffen.

[Zumult im Gerichtssaal.] Nach Beendigung einer in Agram am 19. d. geschlossenen Schwurgerichtsverhandlung erklärte der Staatsanwalt,